

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. wöchentlich. Abzug für die Geschäftsstellen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postboten und andere Personen zu jeder Zeit entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeschalteter Briefe erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 6-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Raumzeile im täglichen Teile 1 Reichspfennig. Nachverdingungsbefreiung 20 Reichspfennig. Sonstige und Nachverdingungsbefreiung nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jeder Anzeigenspruch erstlich, wenn der Betrag durch Fremde überbrückt werden kann, durch den Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 231 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amisblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2840      Freitag, den 3. Oktober 1930

## Einheitssteuer.

Wenn in den letzten Jahren irgendeine Regierung von einer Finanzreform sprach, etwas Derartiges in Vorschlag brachte oder sich dabei vom Reichstag „vertreten“ ließ, dann kam meist gleich zu allererst — eine Steuererhöhung. Bisweilen kamen auch mehrere dieser wenig angenehmen Überraschungen, — und wenn sie nicht am Anfang des Programms standen, dann erschienen sie aber ganz bestimmt am Schluß. Auch das neue Programm Brüning hält sich von einer derartigen Überraschung nicht frei; auch dort findet man eine Steuererhöhung angekündigt und es ist dabei ein recht zweifelhafter Trost, daß sie erst für den 1. April nächsten Jahres geplant ist, man ihr außerdem dadurch entgegen kann, daß man nicht — taucht. Denn der Tabak soll ja wieder einmal steuerlichen Raucher „höher gehängt“ werden. Die Heraushebung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung steht aber grundsätzlich auf einem andern Blatt, wenn sie auch an sich natürlich eine, wenigstens augenblickliche, Verdienstminderung bedeutet.

Rund ist in dem Programm Brüning eine ganze Reihe von Vorschlägen über sehr weitgehende Reformen unseres Steuerwesens vorgesehen oder — um ein moderner gewordenen Wort zu gebrauchen — eine „Nationalisierung“ der Steuerverwaltung und des Steuerwesens geplant. Hier soll eine Zwischenbemerkung eingeschaltet werden: Die eigentliche, von der Wirtschaft so oft geforderte Nationalisierung der gesamten öffentlichen Verwaltung vom Reich bis zu den Kommunen herunter ist das, was im Programm Brüning durchgeführt werden soll, freilich noch längst nicht, aber es ist doch ein Stück, ein wichtiger Ausschnitt der Erfüllung jener Forderung, und die Herkulesarbeit der Reichsreform steht immer noch in ihren von Nebelwolken umhüllten Anfängen. Jenseit der Nationalisierung in unserem Steuerwesen und seiner Verwaltung ist der gleiche wie bei den entsprechenden Bemühungen der Wirtschaft: die Kostenersparnis. So ist es eine, übrigens schon längst vorhandene Gewissheit, daß sich die personellen und sachlichen Erhebungskosten der Vermögenssteuer unter der 20 000-Mark-Grenze kaum oder gar nicht lohnen, gerade deswegen, weil etwa die Hälfte aller vermögenssteuerpflichtigen Personen jene Grenze nicht erreichen, dafür aber der Steuerverwaltung eine gewaltige Arbeit verursachen; daher will man sich künftig nur an die Besitzer eines Vermögens über 20 000 Mark halten. Ähnlich liegt es bei dem Programmvorsatz, den Umsatz nur dann steuerpflichtig bleiben zu lassen, wenn er im Jahr mehr als 5000 Mark beträgt. Hier wie dort wird aber der bisherige, nun freigelegte Steuerzahler nicht bloß dafür dankbar sein, daß die Behörde auf ihn verzichtet, sondern daß man ihn nun auch von dem steuerlichen Schreibwiderstand entlastet, das von dem steuerlichen erscheinen mag wie das Steuerzahlen selbst, beiden Seiten ja auch viel zuviel Zeit kostete.

Recht weitgehend ist nun das, was im Programm Brüning über die vereinfachte Besteuerung der Landwirtschaft vorgeschlagen wird; auch hier soll der Gesichtspunkt maßgebend sein, die Veranlagungs-, Erhebungs- und Verwaltungskosten in Anbetracht der verhältnismäßig geringen Erträge bei den unteren Klassen zu vermindern. Allerdings bewegen sich diese Vorschläge vorläufig noch in Andeutungen; die drei Arten der Reichsvermögens-, der Einkommen- und der Grundvermögenssteuer sollen durch eine Einheitssteuer ersetzt werden, der die schon jetzt eingeführte Einheitsbewertung der „Einheitswert“ zugrunde gelegt werden soll, — alles aber nur für die Steuerpflichtigen, die höchstens 8000 Mark steuerpflichtiges Einkommen haben. Daß sich gegen die „Einheitswert“-Besteuerung ein bisweilen sehr heftiger Widerspruch geregt hat und immer wieder regt, wird ebenso Anlaß zur Kritik an diesem Programmvorsatz sein wie die Bestimmung, daß der Ertrag dieser Einheitssteuer den Ländern und Gemeinden zufließen soll. Denn gerade von dieser Seite her rechnet man mit einer besonders scharfen Veranlagung. Ähnliche Steuerreformen, über die aber noch gar nichts Genaueres gesagt wird sind für die Kleinrentnerbetreibenden geplant; auch sie werden dann „einheitssteuer“pflichtig, unterliegen nicht mehr z. B. der bisherigen Einkommensteuer und den kostspieligen und zeitraubenden Veranlagungen dazu. Schließlich — und das mag jener Kritik etwas Boden entziehen — sind für die Durchführung der Einheitsbewertung noch eine Reihe von Reformen vorgeschlagen, wobei die zeitliche Ausdehnung des drei- auf den sechsjährigen Durchschnitt nur Zustimmung finden kann.

An und für sich ist der Plan einer solchen Einheitssteuer nicht neu, ist außerdem ziemlich umkämpft. Aber auch seine Gegner bestreiten nicht, daß seine Durchführung unter bestimmten Bedingungen eine gerechtere steuerliche Lastenverteilung erzielen könnte. Doch der Hauptzweck ist auf der anderen Seite zu suchen: es soll eine allgemeine Lastenverminderung wenigstens dadurch angebaut werden, daß zunächst einmal das Steuerwesen „nationalisiert“ wird, also die Kosten dieses Teiles der Reichs-, Länder- und Kommunalverwaltungen heruntergedrückt werden.

## Die Besprechungen des Reichskanzlers

### Parteiführer bei der Regierung.

Noch keine verbindlichen Verhandlungen. Reichskanzler Dr. Brüning empfing am Donnerstag zunächst als Vertreter der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes Reichsminister Dr. Bredt und Reichstagsabgeordneten Drewitz. Dem folgte eine Unterredung mit den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneten Wels und Müller. Anschließend daran empfing der Reichskanzler im Beisein des Reichsministers Schiele die Abgeordneten Graf Westarp und von Lindener-Wildau. Alle diese Besprechungen dienen der näheren Unterrichtung über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung und der Aussprache über die politische Lage. Am Nachmittag wurden empfangen Vertreter der Landvolkpartei und der Deutschen Staatspartei. Eine Besprechung mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz, findet am Freitag statt, weitere Besprechungen folgen.

Für Freitag haben die Sozialdemokraten ihre, für den nächsten Sonntag hat das Zentrum seine Mitglieder zur Sitzung einberufen. Der Inhalt der Donnerstagbesprechungen war die Mitteilung des Regierungsprogramms an die Fraktionsvertreter und die Aufforderung an die Fraktionen, zu dem Programm Stellung zu nehmen. Wenn auch von entscheidenden Erklärungen der Parteivertreter noch nicht gesprochen werden kann, haben doch, wie mitgeteilt wird, die Parteiführer der zuerst vom Reichskanzler angehörten Gruppen der mittleren Rechten kein Wort daraus gemacht, daß ihnen eine Zusammenarbeit mit den weiter rechts stehenden Parteien als geboten erscheint.

### Der Ueberbrückungskredit.

Im In- und Auslande ist vielfach die Behauptung aufgetaucht, daß der vom Reich benötigte Ueberbrückungskredit 1200 Millionen Reichsmark betrage. Von zuständiger Stelle werden diese Angaben dahin richtiggestellt, daß bis zum 31. März 1931 der Fehlbetrag des Reiches insgesamt 1260 Millionen Reichsmark betragen wird. In dieser Berechnung ist bereits eine Anleihe in Höhe von mehreren hundert Millionen enthalten. Diese Anleihe allein ist unter dem sogenannten Ueberbrückungskredit zu verstehen. Der Rest betrifft die laufenden schwebenden Schulden des Reiches. Der Gesamtbetrag von 1260 Millionen Reichsmark soll, wie dies in dem Regierungsprogramm ausgeführt worden ist, in drei Abschnitten innerhalb von drei Jahren getilgt werden.

### Die Forderungen der Wirtschaftspartei.

Berlin, 2. Oktober. Im Reichstag fand am Donnerstag eine Führerbesprechung der Wirtschaftspartei statt, an der Mitglieder des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion und Vertreter der Länderparlamente teilnahmen. Nach einem Bericht des Parteivorsitzenden Drewitz und nach lebhafter Aussprache, an der sich auch Reichsjustizminister Dr. Bredt beteiligte, wurden im Hinblick auf das von der Regierung veröffentlichte Programm Richtlinien aufgestellt, nach denen die Wirtschaftspartei ihre fernere Beteiligung an einer Reichsregierung festsetzt. In dem Beschlusse wird zunächst anerkannt, daß das Regierungsprogramm in zahlreichen Punkten den allgemeinen Forderungen der Wirtschaftspartei wenigstens teilweise Rechnung trage. Ueber das Re-

gierungsprogramm hinaus werden folgende Forderungen an die Reichsregierung gestellt:

1. Einleitung von Verhandlungen zur Herbeiführung eines sofortigen Moratoriums für die Reparationszahlungen mit dem Ziel der Revision des Youngplans.
2. Durchgreifende Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Ziel der Befreiung aller Parteibeamten und überflüssigen Dienststellen.
3. Sofortige Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht mit dem Ziel der Behebung der Arbeitslosigkeit und weitere entschiedene Reform des sozialen Versicherungswesens.
4. Weiterer planmäßiger Abbau der Ausgaben der öffentlichen Hand, Befreiung der öffentlichen Regimebetriebe, Ueberführung des öffentlichen Wohnungsbauwesens in die freie Wirtschaft, weiterer Abbau der Realsteuern, Reform des Schlichtungswesens und Maßnahmen zwecks Senkung der kartellierten Preise und der überhöhten Zinssätze.

### Kampfanfrage der D.N.V.P.

Berlin, 2. Oktober. Von maßgebender deutschnationaler Seite wird folgendermaßen zu dem soeben veröffentlichten Regierungsprogramm Stellung genommen:

1. Der Wirtschafts- und Finanzplan des Kabinetts Brüning geht an den Kernpunkten unserer Politik vorbei: An der Tributfrage und an der Außenhandelspolitik.
2. Vereinfachungen im Steuerwesen und Sparmaßnahmen auf allen Gebieten sind Selbstverständlichkeiten.
3. Die Zunahme der Beschäftigungslosigkeit der Betriebe und die Erwerbslosigkeit stehen in engstem Zusammenhang mit der Tribut- und Handelspolitik, die eine übermäßige Einfuhr fremder Waren begünstigt und die Ausfuhr deutscher Waren erschwert.
4. Jedes Opfer eines Berufsstandes oder jede Mehrbelastung der Wirtschaft einschließlich der Arbeiterklasse durch Steuern und soziale Abgaben ist nutzlos, solange nicht gleichzeitig eine wesentliche Erleichterung der Tributfrage erreicht wird.
5. Die D.N.V.P. wird gemäß ihrem Wahlversprechen den Kampf gegen den Youngplan und gegen die bisherige Handelspolitik fortsetzen und demgemäß keine Regierung unterstützen, die an diesen Kernfragen vorübergeht, sondern sie auf das entscheidende betämpft.

### Der Krach in der Staatspartei.

Berlin. Wie wir erfahren, steht innerhalb der Deutschen Staatspartei eine grundsätzliche Auseinandersetzung bevor. Man darf annehmen, daß die Gegensätze zwischen der demokratischen Gruppe und den Volksnationalen nicht mehr auszugleichen sind. In volksnationalen Kreisen hat es das unliebsamste Aufsehen erregt, daß der staatsparteiliche Reichstagsabgeordnete Reinhold, Cbesredakteur der „Volkischen Zeitung“ und gleichzeitig Mitglied des Alldeutschen Ausschusses geworden ist. Außerdem ist man auf das äußerste empört darüber, daß der staatsparteiliche Abgeordnete Dr. Stolper, der Herausgeber des „Deutschen Volkswirts“, der wegen seiner jüdischen Abstammung von vornherein durch die Volksnationalen Reichsvereinerung bekämpft worden ist, sich jetzt für die Anstellung des scheidenden Schulbüchsen Bata in Deutschland einsetzt. In diesem Zusammenhang ist das böse Wort vom wirtschaftlichen Landesverrat gefallen, das unter Parteifreunden immerhin nicht unbekannt ist. Schon in den nächsten Tagen wird sich entscheiden, ob die staatsparteiliche Reichstagsfraktion überhaupt in dieser Form im neuen Reichstag erscheint oder ob nicht vielmehr mehrere Abgeordnete — man spricht von 6 — schon vorher auf die Ehre verzichten, den Resten der demokratischen Partei zur Fraktionsstärke zu verhelfen.

### Neue Wege zur Rentabilität.

Die Herbsttagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Kennzeichnend für die diesjährige Herbsttagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist einmal die Vielseitigkeit der Anregungen und andererseits das zusammengefaßte Interesse, welches alle Fragen finden, die unmittelbar mit der Wiederherstellung der Rentabilität

zu tun haben. Es war daher beinahe selbstverständlich, daß die Beratungen der Futter- und der Viehzucht-Abteilung die allgemeinste Anteilnahme und den stärksten Besuch fanden.

In der Futterabteilung galt es der schwerwiegenden Frage Rechnung zu tragen, wie weit der Landwirt bei seinem heutigen Mangel an Betriebsmitteln das zugekaufte Kraftfutter durch

#### wirtschaftsdeigenes Futter

ersetzen kann, ohne daß die Leistungen der Haustiere zurückgehen. Als Vertreter des Silorings-Sippenhofs konnte Dr. Hilbrandt feststellen, daß die Kaltvergärung von Schmetzlerkornfrüchten, die ein besonders proteinreiches Futter ergibt, keine Schwierigkeiten mehr bietet. Professor Dr. Korn-Dreslau wies anschließend auf die Möglichkeit der neuen Getreidearten hin. In der Viehzucht-Abteilung fanden die von Kammerdirektor Dr. Asmis-Halle erörterten Tagesfragen aus dem Gebiete des

#### landwirtschaftlichen Marktwesens

im Vordergrund, wobei nach lebhafter Erörterung die Überzeugung vorwiegend war, daß hier allerdings Selbsthilfe allein nicht mehr genügt, sondern mit Mitteln der Gesetzgebung eingegriffen werden mußte, wie beim Milchmilchgeschäft und dem in Vorbereitung befindlichen Handelsschlangegeß. Wohin mit dem immer unverwundbarer werdenden

#### Kartoffelüberschuß?

Mittlergutbesitzer von Vohorn-Verkus, der bekannte Saatgutzüchter, empfahl die Einschränkung im weitesten Umfange, die nicht daneben geraten kann, wenn sie richtig ausgeführt wird, deren Technik darum aber auch durch die landwirtschaftlichen Schulen und Versuchsringe zu verbreiten eine der allerwichtigsten Aufgaben ist. Auch diese Anregungen fanden in lebhafter Aussprache aus allen Teilen des Reiches, besonders aus den kartoffelreichen Ostprovinzen, den stärksten Widerhall.

#### Zu der Rinderzuchtabteilung

wurde der bemerkenswerte Beschluß gefaßt, daß in Zukunft auf den Rinderausstellungen der D. L. G. nur noch Rinde ausgestellt werden dürfen, bei denen der Milchleistungsnachweis beigebracht wird, und zwar bei Zielanstellungen schon 1931 in Hannover, bei den Hohenrindern von 1933 ab.

Auf verhältnismäßigem Reuland begab man sich bei der Erörterung der Frage, wie weit die Milchleistungszucht als gute Zusanfrente in die bestehenden Wirtschaftsbetriebe ein-

Bestellen Sie das Wilsdruffer Tageblatt